



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Oktober 2014

Nach Störfeuer der CDU-dominierten Landesdirektion: Piraten-Stadträte schließen sich der Fraktion DIE LINKE an

Der Versuch der CDU-dominierten Landesdirektion, der neuen Stadtratsmehrheit aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten Knüppel zwischen die Beine zu werfen und diese auseinander zu dividieren, erwies sich als Bumerang: Die Kooperationspartner rückten enger zusammen und die Fraktion DIE LINKE wuchs auf 17 Mitglieder.

von André Schollbach

In der ersten Sitzung des Stadtrates nahm die neue Mehrheit einige Änderungen an der Hauptsatzung vor. So wurden beispielsweise die Ortsbeiräte aufgewertet und mit mehr Rechten ausgestattet sowie das Verfahren zur Besetzung der Fachausschüsse effektiviert. Damit müssen die Ausschussmitglieder jetzt nicht mehr in langwierigen Wahlverfahren gewählt werden, es erfolgt eine unbürokratische Benennung durch die Fraktionen entsprechend ihrer Stärke im Stadtrat.

Dieses neue Verfahren hatte der Sächsische Landtag – dort hat die CDU die Macht – im vergangenen Jahr in der Sächsischen Gemeindeordnung verankert. Nach der Änderung der Hauptsatzung bat die Stadtverwaltung alle Fraktionen, nun ihre Ausschussmitglieder zu benennen, damit die Fachausschüsse arbeiten können.

Doch die CDU stellte zunächst erst einmal auf stur und verweigerte wochenlang die Benennung der ihr zustehenden Ausschussmitglieder. Infolge der damit nicht vollständig vorliegenden Besetzung der Ausschüsse konnte wiederum Oberbür-



Die Chemie stimmt: Dr. Martin Schulte-Wissermann, André Schollbach und Norbert Engemaier (v.l.n.r.) in der Pressekonferenz
Foto: Max Kretzschmar

germeisterin Helma Orosz (CDU) die Ausschüsse nicht einberufen. Dann trat die CDU-dominierte Landesdirektion auf den Plan. Mit wenig überzeugenden Argumenten wurden Teile der Hauptsat-

zungsreform beanstandet, insbesondere die Ausgestaltung des Benennungsverfahrens. Für Rot-Rot-Grün stellte sich nun die Frage, juristisch gegen diese Beanstandung vorzugehen – dies hätte in-

des zu einem langwierigen Rechtsstreit geführt – oder pragmatisch zu agieren und der von der Landesdirektion geäußerten Kritik durch tatsächliches Handeln den Boden zu entziehen. Auf ihrer Klausurtagung in Döbeln entschied sich die Fraktion DIE LINKE einmütig dafür, nicht über das hingehaltene Stöckchen zu springen, sondern die Sache praktisch anzupacken. DIE LINKE lud die beiden Stadträte der Piraten, mit denen es bereits seit der Kommunalwahl eine gute Zusammenarbeit gegeben hatte, dazu ein, Mitglieder der Fraktion zu werden.

Nachdem die beiden Stadträte ihre eigene Partei konsultiert sowie mit den Fraktionen von Grünen und SPD gesprochen hatten, entschieden sie sich, der Fraktion DIE LINKE beizutreten. Dort wurden sie durch einstimmigen Beschluss aufgenommen. Der Versuch der Landesdirektion, die neue Ratsmehrheit auseinander zu dividieren, hat damit genau zum Gegenteil geführt.

www.linke-fraktion-dresden.de

(Nicht-)Alltägliches Geschäft

von Thomas Feske

Die Sächsische Zeitung bescheinigte dem neuen Stadtrat unlängst eine „deutlich effektivere“ Arbeit als dem alten Stadtrat. Das ist seitens der SZ für einen Stadtrat mit rot-rot-grüner Mehrheit wohl die Höchstform des Lobes. Die aktuelle Debatte um eine neue Hauptsatzung, die unter anderem den Ortsbeiräten als Ortschaftsräte mehr Befugnisse gibt, also Demokratie vor Ort stärkt, die etwa die Bildung des Bildungsausschusses vorsieht, um die in Dresden drängenden Fragen der Verteilung von Bildungschancen besser zu diskutieren, zeigt allerdings, dass eine effektive Ar-

beit im Stadtrat nicht von allen gewollt ist. Von Landes- wie auch von kommunaler Seite steht Rot-Rot-Grün unter Beschuss. Die CDU wettet im Stadtrat und die CDU-dominierte Landesdirektion versucht mit juristischen Klimmzügen am Brotkasten, neue zukunftsweisende Beschlüsse rechtlich unmöglich zu machen. Gestaltungsverantwortung wahrzunehmen, das ist offensichtlich ebenso ein Lernprozess wie sie wieder abzugeben. Dass der neuen Mehrheit ersteres besser gelingt als der vergangenen Mehrheit zweiteres, hat zuvorderst mit dem neuen Stil zu tun, den Stadträtinnen

und Stadträte von Rot-rot-grün miteinander pflegen. Aber es hat auch damit zu tun, dass das Projekt R2G, wie es im Polit-Jargon heißt, in und zwischen den Geschäftsstellen der Fraktionen schon jetzt weit gediehen ist. Die Fraktionsgeschäftsstellen treffen sich in einem festen Turnus, bereiten Diskussionsstränge gemeinsam auf, dem Telefonat wird der persönliche Kontakt vorgezogen, Informationen werden geteilt, Sensibilität im Umgang mit Einzelinitiativen groß geschrieben. Ob der Umgang mit der Augustusbrücke, Workshops zur Causa Königsbrücker Straße oder aber

der anstehende Haushalt: Im alltäglichen Geschäftsbetrieb sorgt das interfraktionale vertrauensvolle Miteinander dafür, dass Stadtratsdebatten mit Anlauf vorbereitet werden können, dass auch abseits der politischen Ebene zusammenwächst, was politisch zusammengehört. Nicht umsonst lassen sich rot-rot-grüne Stadträtinnen und Stadträte gemeinsam über den Haushalt unterrichten und nicht umsonst wird die Debatte über dringenden finanziellen Handlungsbedarf in unserer Stadt am Ende eine gemeinsame sein. Die Fraktionsgeschäftsstelle leistet ihren Beitrag, dass das gelingt.

Verkehrsberuhigung der Augustusbrücke

von Tilo Wirtz

Im Frühjahr schlugen die Grünen im Stadtrat mit einem Antrag auf, die Augustusbrücke bereits in den Sommermonaten für den Autoverkehr zu sperren und so eine Verkehrsberuhigung auf der Augustusbrücke und der angrenzenden Sidonienstraße zwischen Schloss und Zwinger zu erreichen. Bei aller Sympathie, handelt es sich doch um ein Anliegen, welches zuerst von Katja Kipping als damalige Verkehrsministerin in der Stadtratsfraktion der PDS um die Jahrtausendwende aus der Taufe gehoben wurde, war das Antragsanliegen der Grünen zunächst nicht zielführend, da die spontane und zeitweilige nicht anlassbezogene Sperrung eines Verkehrszuges schlicht unzulässig ist und sich so der Antrag sachlich als angreifbar erwies.

Antrag als Tiger losgesprungen

Deshalb hatte der Antrag auch mit den zwischenzeitlich zu Gunsten von Rot-Rot-Grün-Piraten verschobenen Mehrheitsverhältnissen in der ursprünglichen Fassung keine Chance realisiert zu werden. Dem Stadtrat wurde deshalb eine geänderte und abgeschwächte Fassung zur Beschlussfassung vorgelegt. Demnach wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, die Voraussetzungen für eine Sperrung der Brücke für den Kfz-Verkehr nach der Sanierung der Brücke zu schaffen sowie zur konzeptionellen Untersetzung einer anschließenden touristischen und kulturellen Nutzung. Außerdem sollen die Bedingungen für Fußgänger und Radverkehr verbessert werden, ohne konkrete Ziele zu benennen. Alles in allem ist der Antrag als Tiger losgesprungen und als Papiervorlage gelandet.



Foto: Tilo Wirtz

In der Debatte das Übliche

In der Stadtratsdebatte wurde das übliche Programm abgespult, betonten die einen die Chancen für eine Fußgängerverbindung vom Hauptbahnhof bis zum Albertplatz und die Vision einer verkehrsberuhigten Zone zwischen Schloss und Zwinger, malten die anderen den Verkehrskollaps an die Wand. Allerdings stimmte im oppositionellen Eifer die CDU noch einen Ergänzungsantrag der SPD nieder, wenigstens noch die Busse der Stadtrundfahrten über die Augustusbrücke zu lassen, was ja eine Aufweichung der Verkehrsberuhigung zur Folge gehabt hätte.

Nüchterne Fakten

Indes sind die Fakten wesentlich nüchterner. Bewältigen die Dresdner Elbbrücken zwischen über 30.000 bis um die 45.000 Kraftfahrzeuge am Tag, die Autobahnbrücke unter 90.000, ist die Augustusbrücke mit um die 5.000 Kfz/Tag weit abgeschlagen und für das Dresdner Verkehrsnetz kaum bedeutend. Dabei hat die Belegung mit Kfz seit Mitte der neunziger Jahre von damals 15.000 Kfz/Tag stetig abgenommen. Derzeit ist die wesentlich wichtigere Albertbrücke vollständig gesperrt und das Dresdner Verkehrsnetz steckt dies weg. Auch ist die Augustusbrücke nicht

gut in das Straßennetz eingebunden, verbindet sie doch lediglich zwei parallel zum Elbufer verlaufende Straßen, während die historischen Nord-Süd-Anbindungen, Georgentor und Hauptstraße, längst Fußgängerzonen sind.

Karlsbrücke für Dresden?

Eine „Karlsbrücke für Dresden“, wie im Antrag pathetisch formuliert wurde, wird eine verkehrsberuhigte Augustusbrücke ohnehin nicht werden, da Straßenbahnen und Taxis sowie Einsatzfahrzeuge die Brücke weiter nutzen sollen. Eine Verbreiterung der Fußwege scheidet aus Gründen des Denkmalschutzes aus. Trotz des also etwa hinkenden Vergleiches mit der Prager Karlsbrücke konnten die LINKEN dem Antrag gut zustimmen, denn wer dächte bei Karl nicht an Karl Marx.

Am besten nicht wieder freigeben

Ohne Aktionismus wird die Augustusbrücke ab dem Jahr 2016 während der geplanten dringend notwendigen Sanierung sowieso gesperrt. Kommt sie anschließend nicht wieder ans Netz, wird es kaum auffallen. Außerdem lassen sich während der Sanierung die Auswirkungen einer Sperrung genau beobachten sowie Kreuzungen und Ampelschaltungen ändern.

Kannibalisierung der Dresdner Kultur?

von Annekatriin Klepsch

Seit einem Monat liegt der Haushaltsentwurf der Dresdner Oberbürgermeisterin und ihrer Beigeordnetenriege für die Jahre 2015/2016 vor. Für die Dresdner Kultur offenbaren sich die Probleme im Detail, denn in der Gesamtbetrachtung soll der Geschäftsbereich um etwa 3 Millionen Euro, von 84,1 Mio. Euro im Jahr 2014 auf 87,7 Mio. Euro im Jahr 2015 aufgestockt werden. Einen Teil davon bilden höhere Kosten für das Wach- und Aufsichtspersonal in den Museen und Theatern, da ab 2015 der Mindestlohn zu zahlen ist. Mehr als 2,1 Mio. Euro fließen allerdings bedingt durch Tarifierhöhungen ausschließlich in die Personalkosten der großen städtischen Einrichtungen, während für freie Kulturträger wie Vereine die Entwicklung im TVÖD keine Rolle bei der Haushaltsplanung spielt. Das kommt indirekt und langfristig einer Kürzung gleich, denn wenn Personalkosten und Sachkosten überall und kontinuierlich steigen, stehen die Kulturschaffenden vor der Frage, ob sie vom stagnierenden Zuschuss weniger Kunst finanzieren oder ihre Beschäftigten untertariflich bezahlen sollen.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

wird der Zuschussbedarf an die Dresdner Philharmonie und die Musikfestspiele für die gemeinsame Bespielung steigen. Bereits für die Jahre 2015/2016 fallen zudem die Kosten für die Interimsspielstätten der Philharmonie im Albertinum und im Schauspielhaus mit 215.000 Euro höher pro Jahr aus als erwartet, was den anderen Kultureinrichtungen finanzielle Mittel entzieht, die beispielsweise in der Kommunalen Kulturförderung der Vereine wie dem Heinrich-Schütz-Konservatorium fehlen.

Kurz vor Redaktionsschluss ließ die Rathauspitze verlauten, man wolle das kürzlich angepriesene Bach-Fest im Jahr des Kreuzchorjubiläums 2016 doch nicht wie geplant finanziell mit 250.000 Euro unterstützen und den dazu erst im Frühjahr 2014 gefassten Stadtratsbeschluss aufheben. Denn parallel hatte die Oberbürgermeisterin auch dem Kreuzchor insgesamt 400.000 Euro für das Jubiläumsvorhaben versprochen, ohne beides finanziell untersetzen zu können. Gegenwind erzeugt offenbar Bewegung. Die Debatte um die Ausgewogenheit und Verteilungsgerechtigkeit der Finanzierung von Kultur ist in den nächsten Monaten zu führen.

jenseits der Personalkosten nicht nur das Niveau von 2013 zugrunde legt, sondern die seit damals erfolgte Sachkostenkürzung fortschreibt, wodurch weiterhin weniger Geld für künstlerische Arbeit zur Verfügung steht. Umso fragwürdiger ist es, wenn nun die Zahlen schwarz auf weiß bestätigen: Mit der Wiedereröffnung des umgebauten Kulturpalastes

Eine bittere Pille für die städtischen Kulturbetriebe wie Stadtmuseum, Technische Sammlungen, Philharmonie, TJK, Operette und Jugendkunstschule ist die Tatsache, dass der Haushaltsentwurf

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Jacqueline Muth, Annekatriin Klepsch, Tilo Wirtz, Thomas Feske, Norbert Engemaier, Dr. Martin Schulte-Wissermann, Cornelia Eichner, Jens Matthias
Fotos: pixelio.de, Tilo Wirtz, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 05.11.2014
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare

Zusammenrücken, wenn draußen die Gischt schäumt

von Norbert Engemaier und Dr. Martin Schulte-Wissermann

Am 23. September fiel die beiderseitig einstimmige Entscheidung, dass wir zwei Piraten uns der Fraktion DIE LINKE anschließen. Dieser Schritt war notwendig geworden, nachdem die Landesdirektion die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung von RGRO in einem wesentlichen Punkt verhindert und so die Arbeitsfähigkeit der Kooperation als ganzes und insbesondere die der beiden Piraten in Frage gestellt hatte.

Konkret ging es in einem ersten Schritt darum, nicht durch einen Rechtsstreit etwa mit der Landesdirektion die Ausschussbildung des Stadtrates zu verzögern und gleichsam zu bewirken, dass uns die Mitarbeit in den Gremien möglichst ist. Die Landesdirektion ist offenkundig kein Freund der neuen Mehrheiten. Aber große, akute Probleme bedürfen großer und zeitnaher Lösungen. Und so haben wir mit unserem Beitritt zur Fraktion DIE LINKE gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe erschlagen:

- Die neue linke Mehrheit ist sofort einsatzfähig und muss nicht durch ein evtl. mehrjähriges und lähmendes juristisches Verfahren (welches wir jedoch wahrscheinlich gewonnen hätten). Neben Haushalt und den gemeinsam vereinbarten Punkten gibt es sehr viel in Dresden zu tun: Es gibt sehr viel aufzuräumen, nach 24 Jahren CDU!

- Wir vermeiden wohl einen Großteil der noch zu erwartenden "Knüppel", die formal RGRO von der Landesdirektion in die Beine geworfen werden könnten. Nun ist die tägliche Arbeit, die Hilfe aus der Geschäftsführung, das Nutzen von Räumen und die Teilnahme an Fraktionssitzungen ein für allemal geklärt und juristisch wasserdicht.



Foto: Max Kretzschmar

Setzen bereits in der ersten und zweiten Sitzung des neuen Stadtrates kluge fachpolitische Akzente: DIE PIRATEN bringen eine frische Brise in die Dresdner Kommunalpolitik

- Wir Piraten sind nun Teil der Fraktion DIE LINKE. Dies bedeutet, dass die Kommunikationswege und die Gremienarbeit effizienter und kompakter geführt werden kann, als wenn wir einzelne (fraktionslose) Stadträte wären. Und die gemeinsame Arbeit bereits in der ersten Woche gibt diesem Recht: Eins plus Eins ist manchmal mehr als zwei.

- Im Wesentlichen wächst hier (kommunalpolitisch) zusammen, was zusammen passt. Die Wahlprogramme von DIE LINKE und den PIRATEN gehen in großem Umfang in die gleiche Richtung. Ob bei klassischen Themen von DIE LINKE wie "neue WOBA", "Ausweitung des Sozialticket", die Förderung von "dezentraler und kleinteiliger Versorgungsstruktur", oder bei eher piratigen Themen wie "Transparente Stadtpolitik", "politischer Teilhabe" und "konsequente Lobbyismusbekämpfung" ... bei all diesen Themen können wir uns gegenseitig stärken und inspirieren.

Erwähnt werden muss jedoch, dass wir mit diesem Schritt schmerzlich auf etwas ganz wichtiges verzichten: der Name "DIE PIRATEN" ist nicht Teil des gemeinsamen Fraktionsnamens. Wir Piraten respektieren aber auch die Spielregeln und die Wahlergebnisse, und wer knapp 4% holt, ist halt eben kleiner als eine Partei, die fast 20% erreicht und zweitstärkste Fraktion im Stadtrat ist. Aber auch innerhalb der Fraktion DIE LINKE bleiben wir Piraten PIRATEN und damit eigenständiger Teil der RGRO Kooperation. Manches ist jetzt anders, fast alles ist besser.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren. Wir freuen uns auf viel politischen Input von Euch. Insbesondere freuen wir uns auf Diskussionen mit der LINKEN Basis und falls es hier oder da mal ein Problem gibt: Fragt oder kontaktiert uns!

... manchmal ist Eins plus Eins mehr als Zwei.

VORGESTELLT

Norbert Engemaier

Wiss. Mitarbeiter an der TU Dresden



Stadtrat für den Wahlkreis 11 Coschütz/Gittersee Plauen, Löbtau, Naußlitz

Mitglied in: Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften, Petitionsausschuss

Dr. Martin Schulte-Wissermann

Physiker an der TU Dresden



Stadtrat für den Wahlkreis 2 Neustadt, Leipziger Vorstadt und Albertstadt

Mitglied in: Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau, Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft

CDU-Stadtrat Dr. Brauns ruft zu Widerstand gegen André Schollbach auf

In der vergangenen Stadtratssitzung kam es zu vorgerückter Stunde zum Eklat. Einmal mehr im Mittelpunkt: CDU-Stadtrat Dr. Hans Joachim Brauns, Richter am Landgericht Dresden. Dieser war bereits in der Vergangenheit mit wüster Beschimpfung eines LINKEN-Stadtrates in Erscheinung getreten.

von Max Kretzschmar

Die neue rot-rot-grüne Mehrheit im Stadtrat hatte einige wesentliche Änderungen an der Hauptsatzung der Stadt Dresden vorgenommen. So wurden etwa die Rechte der Ortsbeiräte gestärkt und das Verfahren zur Besetzung der Fachausschüsse effektiver gestaltet. Einige Änderungen passten der CDU nicht. Und prompt schritt die unter der Kontrolle der CDU stehende Landesdirektion ein und beanstandete mit zum Teil kruden Argumenten die neue Hauptsatzung. Dazu erklärte André Schollbach, Fraktionschef der LINKEN: „Wir haben von vornherein erwartet, dass die CDU mit allen Mitteln versuchen wird, unsere Reformvorhaben zu blockieren und zu verhindern. Dass sie dazu auch auf die von ihr dominierte Landesdirektion zurückgreift, ist wenig überraschend. Doch davon lassen wir uns nicht beeindrucken.“



Foto: Max Kretzschmar

Diese Aussage nahm CDU-Stadtrat Dr. Hans-Joachim Brauns allen Ernstes zum Anlass, im Stadtrat zum Widerstand gegen André Schollbach aufzurufen. Brauns rief puterrot im Gesicht und mit sich überschlagender Stimme vom Rednerpult aus in den Saal hinein: „Herr Schollbach, gegen solche Leute wie sie, die ein solches Geistes Kind haben, gibt

es das Recht auf Widerstand. Und ich sage das ganz bewusst hier: Möge es die Geschichte geben, dass solche Leute wie sie nie an die Macht kommen. ... Das, was an geistigen Strukturen, an Haltung dahinter steht, meine Damen und Herren, ich sage es nochmal, da gibt es im Grundgesetz das Recht auf Widerstand. Und ich lege auch Wert darauf, dass das

in's Protokoll kommt. ... Herr Schollbach ich komme langsam zu dem Eindruck, bei ihrem Verfolgungswahn wird's pathologisch. Geh'n Sie mal zum Arzt!“

In Artikel 20 Abs. 4 Grundgesetz ist mit Bezug auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung geregelt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Stadtrat Dr. Brauns war bereits in der Vergangenheit durch die Beschimpfung von LINKEN-Stadtrat Tilo Wirtz in Erscheinung getreten. Diesem hatte er in einer Stadtratssitzung quer durch den Saal zugebrüllt: „Dir sind sie wohl mit dem Pflug durch's Gehirn gefahren?!“

KOLUMNE

ganz hinten links



von Jens Matthis

„Wenn der Topf aber nun 'n Loch hat, lieber Heinrich, lieber Heinrich?“

„Stopf es zu, liebe, liebe Liese, liebe Liese, stopfs zu!“

„Womit soll ich's aber zustopf'n, lieber Heinrich, lieber Heinrich?“

„Nimm Stroh, liebe, liebe Liese, liebe Liese, nimm Stroh!“....

Sie wissen, dass es nie enden muss, wenn man nur lange genug beim Singen Geduld hat. Daran fühlte ich mich beim Start des neuen Stadtrates erinnert.

Erst konnte er nicht zusammenkommen, weil die Oberbürgermeisterin sehr viel länger als alle anderen in Sachsen das Wahlergebnis prüfen musste. Im Mai gewählt, fand schließlich im September die erste Sitzung statt. Hier wollten nun die Oberbürgermeisterin und die CDU plötzlich ganz schnell den neuen Haushaltplan beraten. Was sie nicht wollten, war, über die Geschäftsordnung des neuen Stadtrates reden. Also setzte die OB diese erst gar nicht auf die Tagesordnung. Weil sie nicht auf der Tagesordnung stand, konnte sich die CDU natürlich nicht darauf vorbereiten und wollte alles zunächst in den Ausschüssen behandeln. Um diese zu bilden, hätte es wiederum Hauptsatzung und Geschäftsordnung gebraucht. Also konnte es nicht in den Ausschüssen behandelt werden, weshalb die CDU leider auch in der zweiten Sitzung Ende September nicht vorbereitet war. Weil der Landtag im Frühjahr mit CDU/FDP-Mehrheit für die Bildung der Ausschüsse das minderheitenunfreundliche D'Hondt-Verfahren vorgeschrieben hat, wären in den bisherigen Ausschüssen mit 11 Mitgliedern die FDP nicht mehr vertreten gewesen. Für diese musste auf 15 Mitglieder aufgestockt werden. Das brachte aber auch der CDU einen Sitz je Ausschuss mehr. Darauf war sie nun aber gar nicht vorbereitet. Deshalb konnten die Ausschüsse auch nicht gebildet werden. Nun sind sie endlich gebildet. Nun leider kann die Oberbürgermeisterin, für die die Beratung des Haushaltes ganz dringend ist, die Ausschüsse im Oktober nicht einberufen, weil da gerade Ferien sind. Nach Gerüchten sollen sie nun im November zusammenkommen, ein halbes Jahr nach der Wahl. Der Haushalt muss im Dezember beschlossen sein.

„LiebeLiese... wirmachenesselbst“

PS: Nächstes Jahr sind OB-Wahlen!

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Der neue Bildungsbericht

Kommunale Herausforderungen

von Cornelia Eichner

Vor wenigen Tagen erschien der zweite Bildungsbericht. Verfasst wurde er vom Bildungsbüro, welches Ende des Jahres letztmalig seine Türen schließen soll, da hier, in Dresden, die Bundes-Initiative „Lernen vor Ort“ ausläuft. Wenn ein Projekt endet, hofft man eigentlich, dass dies geschieht, weil seine Aufgaben und Aufträge erledigt sind. Mitnichten ist dies der Fall. Die Arbeit hat gerade erst begonnen. Sicher hat sich seit Erscheinen des ersten Bildungsberichtes einiges getan.

Die hauptsächlichen Herausforderungen sind jedoch geblieben und haben nichts an Brisanz verloren. Der Bildungsstand bleibt abhängig von der sozialen und kulturellen Herkunft eines Menschen. So ist im Bildungsbericht zu lesen, dass es in Gebieten mit erhöhtem Förderbedarf weiterhin erhöhte Entwicklungsauffälligkeiten gibt, dass es mehr Förderempfehlungen gibt, dass weniger Kinder ans Gymnasium überwechseln, dafür mehr Kinder Rückstellungen erfahren müssen. Nach wie vor ist die Zahl der Jugendlichen, die höchstens einen Hauptschulabschluss erreichen, in Sozialräumen, die besonders belastet sind, doppelt so hoch wie in jenen, die kaum belastet sind. Menschen mit Migrationshintergrund haben noch immer wesentlich geringere Chancen, gute Schul- und damit auch Berufsabschlüsse zu erlangen. Nachwievor bleiben sieben Prozent der Dresdner und Dresdnerinnen ohne beruflichen oder Hochschulabschluss.



Foto: Lupo / pixelio.de

Noch immer erhält ein Fünftel aller Dresdner Kinder Unterstützungen aus dem SGB-II-Bereich. Vor allem trifft dies in Dresdner Regionen zu, die durch den Bildungsbericht als Entwicklungsraum 2 mit überdurchschnittlichen sozialen Problemen oder gar als Entwicklungsraum 1 mit starken sozialen Problemen gekennzeichnet werden - und so die Erkenntnisse des Berichtes, immer auch durch einen wesentlich niedrigeren Bildungsstand. Böse Zungen reagierten kurz nach Erscheinen des Berichtes öffentlich mit lapidaren Aussagen wie „Das liegt am Elternhaus, die wollen das nicht.“ Und: „Das hat nichts mit Armut zu tun, nur mit Unwillen der Eltern.“ Wir alle wissen, dass dieses Denken dem Verhalten des Vogel Strausses gleicht, der seinen Kopf in den Sand steckt. Der Bildungsbericht stellt eindeutig dar, dass niedriger Bildungsstand sowie geringere Wahrscheinlichkeit eines sinnbringenden beruflichen Abschlusses

fast immer einhergehen mit Lebenslagen, die von Armut und damit auch von Perspektivlosigkeit geprägt sind.

Der neue Bildungsbericht zeigt uns also diverse Baustellen auf, die es zu bearbeiten gilt, um eben diese Perspektivlosigkeit zu korrigieren und eine positive Bildungsentwicklung zu ermöglichen: Der Erhalt des Bildungsbüros, die Weiterarbeit des kommunalen Handlungsprogrammes „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ und des „Kommunalen Handlungskonzeptes Bildung“ sind wesentliche Schritte dazu, aber auch bewusste stadtplanerische Entscheidungen, um einer Ghettoisierung vorzubeugen, sowie die bewusste Entscheidung für eine dauerhafte Etablierung des Gymnasiums Gorbitz mit entsprechender Bildungslandschaft, damit tatsächlich Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gleichberechtigt Bildungschancen wahrnehmen können.

Netzwerke und Non-profit-Bewegung in Dresden

von Yaki Muth

Dass sich Netzwerke bilden, um der individuellen Einsamkeit in unserer Leistungsgesellschaft entgegenzuwirken, wäre zu kurz gegriffen. Es spielt dennoch eine Rolle. Dinge gemeinsam anpacken, neue Leute kennenlernen und sich in Gruppen zusammenfinden, die sich über ein Projekt oder Sinnzusammenhang definieren. Auch um auf neue Ideen zu stoßen, Neues auszuprobieren, an Aktionen teilzunehmen, hin und wieder an die eigenen Grenzen zu stoßen, Kommunikation zu pflegen und zu üben.

Darüberhinaus dienen Netzwerke dem Zweck, sich zu verständigen über gemeinsame Belange. Hilfe zu finden oder anzubieten, Verbündete zu finden für eigene Projekte oder einfach mal über den Tellerrand zu schauen, was die anderen so machen.

Aktuell geht es oft auch darum, Werte jenseits der Verwertungsgesellschaft zu pflegen und aufrecht zu erhalten. Ressourcen zu teilen, „Nachbarschaft“ weiter zu begreifen als bis zur Wohnungstür gegenüber. Einige der Projekte/Bündnisse/Netzwerke definieren sich als „politisch“, andere explizit als „nicht politisch“, dafür als „non-profit“ („nicht-profit-orientiert“).

Ich habe eine kleine Liste zusammengestellt über Netzwerke in Dresden. Diese Liste ist nicht vollständig und ich kenne lange nicht alle der Aktiven

„In meiner neuen Rolle als Stadträtin werde mich auch weiterhin für den Erhalt von kultureller und soziale Vielfalt sowie für bezahlbare Räume für Initiativen und Kreative in Dresden einsetzen.“

in Dresden. Ich habe dabei versucht, ein möglichst breites Spektrum abzudecken. Vielleicht ist was für Euch dabei oder es regt Euch an, eigene Netzwerke zu gründen. Bildet Banden!

(Falls mir jemand ein weiteres Netzwerk/Projekt/Initiative/Verein vorstellen möchte, schreibt mir bitte eine Email. Ich bin sehr interessiert daran, diese kennenzulernen.)

I(nteressen)G(emeinschaft)-Freiräume: Netzwerk für nicht-profit-orientierte Projekte in Dresden. Ein Zusammenschluss aus ca. 25 Projekten in Dresden, die sich gegen Gentrifizierung und gegen die Verdrängung von non-profit-Projekten einsetzen.

Dresden-im-Wandel: Netzwerk von Projekten, Firmen und Einzelpersonen, die die Welt und unsere Stadt verbes-

sern möchten. Im Vordergrund stehen Nachhaltigkeit und Mitmenschlichkeit.

Bündnis Dresden Nazifrei: ein Zusammenschluss von Projekten zum Widerstand gegen rechten Terror und rechtes Gedankengut.

Gartennetzwerk Dresden: Zusammenschluss von Gemeinschaftsgärten und Initiativen, die die Idee von urbanem Gärtnern und Nachbarschaftlichkeit praktisch umsetzen.

Mieterbündnis Stauffenbergallee: ein noch junger Zusammenschluss von ca. 150 Mieter_innen auf der Stauffenbergallee (DD-Neustadt), deren Häuser von der Gagfah soeben verkauft wurden und die nun fürchten, ihr Zuhause zu verlieren.

Linkliste:

freiraum.fueralle.org
dresden-im-wandel.de
dresden-nazifrei.com
dresden-pflanzbar.de
stauffe.de

muth@dielinke-dresden.de